

---

**Transatlantische Renaissance?  
Die deutsch-amerikanischen Beziehungen  
unter Obama II**

---

**Dr. rer. pol. Stormy-Annika Mildner**

**Dr. Henning Riecke**

**Dr. Claudia Schmucker**

*Juli 2013*

Comité d'études des relations franco-allemandes



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text  
geäußerten Standpunkte trägt der Autor.*

Diese „Note du Cerfa“ wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der

**Robert Bosch Stiftung**

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères gefördert.



Herausgeber: Dr. Yann-Sven Rittelmeyer und Prof. Dr. Hans Stark

ISBN: 978-2-36567-184-2

© Ifri – 2013 – Tous droits réservés

Ifri  
27 rue de la Procession  
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE  
Tel.: +33 (0)1 40 61 60 00  
Fax: +33 (0)1 40 61 60 60  
Email: [accueil@ifri.org](mailto:accueil@ifri.org)

Ifri-Bruxelles  
Rue Marie-Thérèse, 21  
1000 – Bruxelles – BELGIQUE  
Tel.: +32 (0)2 238 51 10  
Fax: +32 (0)2 238 51 15  
Email: [bruxelles@ifri.org](mailto:bruxelles@ifri.org)

Website: [ifri.org](http://ifri.org)

## Die Autoren

---

Dr. rer. pol. Stormy-Annika Mildner ist Senior Fellow und Mitglied der Institutsleitung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sie koordiniert den SWP-Forschungsschwerpunkt „Konkurrenz um knappe Ressourcen“. Sie hat einen Doktor in Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin und ein Diplom der Internationalen Wirtschaftspolitik der *London School of Economics* (LSE). Seit 2007 ist sie Lehrbeauftragter der Hertie School of Governance in Berlin.

Dr. Henning Riecke ist seit Januar 2009 Leiter des Programms „USA/Transatlantische Beziehungen“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Seit 2000 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter zudem verantwortlich für die Studiengruppen „Strategische Fragen“, „Europapolitik“ und „Globale Zukunftsfragen“.

Er ist promovierter Politikwissenschaftler mit einem Diplom der Freien Universität Berlin und hat Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen, Geschichte und Volkswirtschaft in Frankfurt am Main und Berlin studiert.

Als Post-Doc Stipendiat hat er ein einjähriges Projekt zur Kleinwaffenpolitik der USA am *Weatherhead Center for International Affairs* der *Harvard University* durchgeführt.

Dr. Claudia Schmucker leitet seit 2002 das Programm „Globalisierung und Weltwirtschaft“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Bevor sie zum Forschungsinstitut der DGAP kam, arbeitete sie als Projektmanagerin des *Center for international Cooperation* in Bonn.

Sie promovierte in Wirtschaftswissenschaften und hat einen Magister Artium (M.A.) in Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin. Sie studierte außerdem an der Friedrich-Wilhelm Universität Bonn, am *Elmira College* in New York und an der Yale Universität.

# Zusammenfassung

---

Die Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die neuen globalen Kräfteverhältnisse, die insbesondere Asien eine immer größere Bedeutung geben, sowie die internationalen Sicherheitskonflikte und –risiken machen die transatlantische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und der Wirtschaftspolitik zu einer entscheidenden Herausforderung. Die europäischen und amerikanischen Partner haben ein gemeinsames Interesse angesichts der globalen Aufgaben, denen sie alleine nicht mehr gewachsen sind. In diesem Kontext spielt Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU nicht nur in der EU, sondern auch in den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten eine besondere Rolle.

Auch wenn die transatlantischen Beziehungen im Bereich der Wirtschaft in den letzten Jahren alles andere als einfach waren, lässt der Beginn der Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf eine Intensivierung der Handelsbeziehungen schließen. In den Verhandlungen, die sicherlich langwierig und schwierig sein werden, kommt Deutschland eine Schlüsselrolle zu, um insbesondere den Ausgleich zu Frankreich in bestimmten Fragen zu schaffen und um sich für Kompromisse einzusetzen.

Im Bereich der Sicherheitspolitik laufen die Meinungsverschiedenheiten die Gefahr, sich weiter zu vergrößern, auch wenn die Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der NATO sehr weit entwickelt ist und die deutsch-amerikanischen Beziehungen eher positiv zu bewerten sind.

Abgesehen vom PRISM-Skandal stellen der wachsende Mangel an militärischen Kapazitäten und die unterschiedlichen Herangehensweisen der zwei Länder im Kampf gegen den Terrorismus so große Herausforderungen dar, dass Deutschland und die USA sie nur sehr schwer überwinden dürften.

# Inhaltverzeichnis

---

<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>4</b>
<b>DIE SICHERHEITSPOLITISCHE ZUSAMMENARBEIT</b> .....	<b>7</b>
<b>Der strategische Wandel in der Sicherheitspolitik der USA</b> ....	<b>7</b>
<b>Abbau militärischer Fähigkeiten in Deutschland und Europa und Folgen für die Zusammenarbeit in der EU und der NATO</b> .....	<b>10</b>
<b>Deutsch-amerikanische Annäherung in der NATO</b> .....	<b>12</b>
<i>Russland und Osteuropa</i> .....	12
<i>Afghanistan</i> .....	13
<i>Atomwaffen</i> .....	14
<b>Deutschland und die USA im Einsatz gegen sicherheitspolitische Risiken sowie Krisen und Konflikte</b> ....	<b>15</b>
<b>TRANSATLANTISCHE HANDELSBEZIEHUNGEN</b> .....	<b>21</b>
<b>Handelspolitik der USA und der EU im Zeichen der Finanzkrise</b> .....	<b>21</b>
<b>Transatlantische Integration</b> .....	<b>23</b>
<i>Wirtschaftliche Verflechtung</i> .....	23
<i>Handelspolitische Zusammenarbeit: Treiber Deutschland</i> ....	25
<b>Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)</b> .....	<b>27</b>
<i>Zankapfel Landwirtschaft und GMOs</i> .....	28
<i>Reziprozität in der öffentlichen Auftragsvergabe</i> .....	29
<i>Regulierungskooperation</i> .....	30
<i>Perspektiven der TTIP</i> .....	30
<b>SCHLUSSFOLGERUNG</b> .....	<b>32</b>

# Einleitung

---

Die transatlantische Partnerschaft basiert auf einem starken Fundament. Die EU und USA teilen viele gemeinsame Werte und Normen. Wenige Volkswirtschaften sind so eng miteinander verflochten wie die der USA und der EU. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der USA in der EU, und die USA der wichtigste Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU. Deutschland ist die größte Volkswirtschaft der EU und treibende politische Kraft in den europäischen Integrationsbemühungen. Außerdem ist es ein zentraler, wenn auch oftmals zögerlicher Spieler in der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und somit ein wichtiger Partner für die USA in Sicherheitsfragen. Eine funktionierende deutsch-amerikanische Zusammenarbeit ist für die euro-amerikanische Partnerschaft gerade jetzt wichtig. Denn während das Fundament der transatlantischen Partnerschaft stark ist, kriselt es bei vielen Themen.

Als US-Präsident Barack Obama Mitte Juni 2013 nach dem Gipfeltreffen der G8 in Nordirland zu einem Arbeitsbesuch nach Berlin kam, betonte er in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor die Bedeutung der transatlantischen Bindung. Auch in der Pressekonferenz nach den Gesprächen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstrich Obama, dass aus US-Perspektive „die Beziehung mit Europa weiterhin der Eckstein unserer Sicherheit und unserer Freiheit ist“. Gleichzeitig waren aber auch eine Reihe kontroverser sicherheits- sowie wirtschaftspolitischer Themen Gegenstand der politischen Gespräche in Berlin, vorrangig die Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) und die Frage der Verhältnismäßigkeit US-amerikanischer Internetüberwachung. Dabei stand auch die Drohung aus Brüssel im Raum, die Verhandlungen über die TTIP aufgrund des Überwachungsskandals auszusetzen. Außenpolitische Themen auf der Agenda waren die Zukunft Afghanistans nach dem Ende der internationalen Sicherheitsmission, der Umgang mit dem Iran, die US-Initiative in Nahost und die politische Lösung des Syrienkonflikts. In all diesen Themen sucht Amerika die Europäer als Partner. Obamas selbstkritische Einschätzung zur Untätigkeit westlicher Demokratien, die er in seiner Rede äußerte, war in diesem Zusammenhang als Ansage an Deutschland zu verstehen: „Aber ich komme heute hierher, Berlin, um zu sagen, dass Selbstgefälligkeit nicht das Wesen großer Nationen ist.“ Denn nicht immer sind die Europäer zu

energischer Kooperation mit der westlichen Führungsmacht in der Lage.<sup>1</sup>

In der Sicherheitspolitik schrumpft seit Jahren der Spielraum für gemeinsame Maßnahmen, etwa durch unterschiedliche Ansätze in der Terrorbekämpfung oder die sich vertiefende Fähigkeitslücke. Deutschland frustriert die USA regelmäßig durch seine Kultur der militärischen Zurückhaltung in der Krisenreaktion, wie etwa beim westlichen Eingreifen in der Libyenkrise im März 2011. Deutschland ist skeptisch, wie viel Lösungskapazität militärische Instrumente in der Konfliktbewältigung haben. Die Einsparungen im Verteidigungsbereich in Deutschland, wie bei fast allen EU-Mitgliedern, reduzieren zusätzlich die deutsche und europäische sicherheitspolitische Handlungs- und Kooperationsfähigkeit.

In der Wirtschaftspolitik waren die Beziehungen in den vergangenen Jahren ebenfalls nicht konfliktfrei. Deutschland ist ein wichtiger Motor für die transatlantische Wirtschaftsintegration. Wenn dieser Motor stottert, stottern auch die Integrationsbemühungen. Daher ist es nicht ohne Bedeutung, wenn sich Deutschland und die USA über Wachstumsmodelle (wie viel Sparen, wie viel Stimulierung braucht die Wirtschaft?) und Handelspolitik (Stichwort: Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte) streiten, wie es während der Finanz- und Wirtschaftskrise wiederholt vorkam. Die EU und USA stritten sich zudem über Marktzugang im Agrarhandel, Subventionen für die Luftfahrtindustrie und Zugang zu den öffentlichen Vergabemärkten.

Sowohl die USA als auch Deutschland und die EU richten ihren Blick überdies zunehmend in den asiatischen Raum. Grund hierfür ist der ökonomische und politische Aufstieg asiatischer Mächte und die damit verbundenen geopolitischen Umbrüche. Die USA verhandeln zurzeit mit elf Pazifikanrainern über ein Freihandelsabkommen (FTA), die Transpazifische Partnerschaft (TPP). Auch die EU verhandelt mit mehreren Ländern Asiens FTAs, unter anderem mit Japan. Die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton betonte zwar in einer Rede bei der Brookings Institution Ende November 2012, dass sich die USA nicht von Europa ab- und Asien zuwenden würden.<sup>2</sup> Asiens strategische Bedeutung für die USA und die EU dürfte in Zukunft aber eher noch wachsen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Mitschrift Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama, Thema: Besuch von US-Präsident Barack Obama in Berlin, Berlin, 19.6.2013

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2013/06/2013-06-19-pk-merkel-obama.html>>; Obamas Rede im Wortlaut, Zeit-online, 19.6.2013 < <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-06/obama-rede-wortlaut>>.

<sup>2</sup> Vgl. "U.S. and Europe: A Revitalized Global Partnership. A Stateman's Forum with Secretary of State Hillary Clinton", 29.11.2012, <[www.brookings.edu/events/2012/11/29-transatlantic-clinton#ref-id=20121129\\_hillary\\_2](http://www.brookings.edu/events/2012/11/29-transatlantic-clinton#ref-id=20121129_hillary_2)>.

Vor diesem Hintergrund ist die Kernfrage dieser Analyse: Wie steht es um die deutsch-US-amerikanische Zusammenarbeit sowie die euro-amerikanische Partnerschaft, wo lauern Konflikte und wo können die Partner besser zusammenarbeiten? Dabei wird das Augenmerk immer wieder auf Deutschland gelenkt und gefragt, ob das Land als Taktgeber für eine bessere transatlantische Zusammenarbeit wirkt. Im Folgenden wird zunächst ein Überblick der transatlantischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit aus deutscher und US-amerikanischer Sicht gegeben. Danach wird die handelspolitische Zusammenarbeit zwischen EU und USA – mit einem Schwerpunkt auf Deutschland – beleuchtet. Eine stärkere transatlantische Integration und Zusammenarbeit – in sicherheits- wie in wirtschaftspolitischen Fragen – ist wünschenswert, denn im Alleingang können weder die EU noch die USA die globalen Herausforderungen meistern. Die zweite Amtszeit von US-Präsident Barack Obama bietet neue Möglichkeiten, doch werden die deutsch-US-amerikanischen und transatlantischen Beziehungen kein Selbstläufer sein. Während sich in der Handelspolitik eine Intensivierung der Beziehungen abzeichnet, wird im Bereich der Sicherheitspolitik das Konfliktpotential eher noch wachsen. Auf diesem Feld besteht somit die Gefahr einer steigenden Frustration auf beiden Seiten.

# Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit

---

Die USA richten im Zuge globaler Machtverschiebungen ihre Aufmerksamkeit mehr und mehr auf den Raum Asien-Pazifik und setzen vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise auf eine „schlanke“ Verteidigungspolitik. Beide Tendenzen führen dazu, dass Amerika immer weniger als Partner für Europa zur Verfügung steht, wenn es darum geht, in der europäischen Nachbarschaft Krisen einzudämmen. Gleichzeitig drängen die USA die Europäer immer stärker, an globalen Ordnungsaufgaben mitzuwirken und die entsprechenden Kosten mitzutragen. Deutschland ist dabei als wirtschaftlich stärkster Staat zentraler Ansprechpartner für die USA.

## ***Der strategische Wandel in der Sicherheitspolitik der USA***

Unter der Regierung Obama hat ein vielschichtiges strategisches Umdenken eingesetzt. Einerseits wachsen die Herausforderungen. Aufstrebende Mächte wie China oder der Iran stellen die Vormachtstellung der USA in Frage und machen Eindämmungsmaßnahmen erforderlich. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus muss auf eine dezentralere Struktur des Terrornetzwerkes Al Kaida Rücksicht nehmen. Andererseits hat strategische Selbstbeschränkung Konjunktur; „Nation-building at home“, außen-politische Zurückhaltung und wirtschaftliche Wiederherstellung als Grundlage einer starken Außenpolitik haben aktuell Vorrang.<sup>3</sup> Dies ist zwei Entwicklungen geschuldet. Zum einen ist hier die Erkenntnis zu nennen, dass zwei jahrelange und teure Kriege Afghanistan nicht sicherer gemacht haben. Zum anderen ist der Strategiewandel der nach wie vor schwachen Wirtschaft und den Haushaltsrestriktionen geschuldet.

---

<sup>3</sup> Vgl. Atlantic Council of the US, *Envisioning 2030: US Strategy for a Post-Western World. A Report of the Strategic Foresight Initiative at the Brent Scowcroft Center on International Security* (Robert A. Manning, principal drafter), Washington, 10.12.2012, S. 6.  
<[http://www.acus.org/files/publication\\_pdfs/403/Envisioning2030\\_web.pdf.pdf](http://www.acus.org/files/publication_pdfs/403/Envisioning2030_web.pdf.pdf)>; Richard N. Haass, „Die Doktrin der Restauration. Wie Amerika seine Führungsmacht im 21. Jahrhundert sichern kann“, in: *Internationale Politik*, Januar-Februar 2012, S. 70-77.

Der Budget Control Act von 2011 (BCA) unterwirft den US-Verteidigungsetat spürbaren Kürzungen. Das Pentagon konkretisierte 2012 die geplanten Einsparungen auf 487 Mrd. Dollar für zehn Jahre ab 2012, gegenüber den bereits seit 2010 zurückgefahrenen Planungen.<sup>4</sup> Es ist gleichwohl irreführend in diesem Zusammenhang von Kürzungen zu sprechen, da die Einsparungen nicht gegenüber dem gegenwärtigen Ausgabeniveau, sondern gegenüber den Projektionen des Pentagons zum zukünftigen Bedarf vorgenommen werden. Auch mit diesen Einsparungen wächst der Verteidigungshaushalt somit weiterhin.<sup>5</sup> Der BCA verpflichtet die Regierung nun jedoch auch zu automatischen Kürzungen ab 2013, weil eine Einigung über ein umfassendes Kürzungspaket im Kongress nicht zustande kam (Sequester). Zur Umsetzung dieser Auflage in der Budgetgestaltung ab 2014 liegen jetzt nach einer internen Prüfung im Pentagon drei Kürzungsoptionen von 100, 300 und den nach dem BCA eigentlich geforderten 500 Mrd. Dollar für wieder eine Dekade vor, über welche die US-Regierung mit dem Kongress verhandeln will.<sup>6</sup> Erst durch Kürzungen ab 2013 wird der Verteidigungshaushalt somit tatsächlich beschnitten. Im Haushaltsjahr 2013 müssen 43 Mrd. Dollar im Verteidigungsbereich eingespart werden, ein Anteil von 7,8 Prozent vom geplanten Budget in Höhe von 550 Mrd. Dollar. Gemäß den Verteidigungsrichtlinien des Pentagon plant die US-Regierung bis 2017 die aktiven Streitkräfte von zurzeit 1,42 Mio. um 102.400 Soldaten zu verkleinern – zum größten Teil in der Armee und dem Marine Corps.<sup>7</sup>

Infolge dieser zwei Erfahrungen – teure Kriege mit gemischter Erfolgsbilanz einerseits und Haushaltsrestriktionen andererseits – sind die USA skeptisch gegenüber umfassenden Auslandseinsätzen geworden, was sich nicht zuletzt in ihrer Haltung im Syrienkonflikt widerspiegelt. Die verteidigungspolitischen Richtlinien des Pentagon legen daher eher einen Fokus auf kleinere, kostengünstigere Missionen und weisen eine Abneigung gegen langanhaltende Stabilisierungsoperationen auf.<sup>8</sup> Den Kampf gegen den internationalen Terro-

---

<sup>4</sup> Vgl. Stephen Daggett/Pat Towell, *FY2013 Defense Budget Request: Overview and Context*, Congressional Research Service (CRS Report for Congress R42489), Washington, DC, 20.4.2012, S. 3

<[www.fas.org/sgp/crs/natsec/R42607.pdf](http://www.fas.org/sgp/crs/natsec/R42607.pdf)>

<sup>5</sup> Vgl. Stormy-Annika Mildner/ Johannes Thimm/ Henriette Rytz, *State of the Union*, SWP Studie 16, 2012, S. 39.

<sup>6</sup> Vgl. Marcus Weisgerber/Vago Muradian, "DoD Examines 3 Budget-Cut Scenarios. Think Tanks Conducting Shadow Review", *Defense News*, 19.5.2013 <<http://www.defensenews.com/article/20130519/DEFREG02/305190007/DoD-Examines-3-Budget-Cut-Scenarios>>

<sup>7</sup> Vgl. „Where the Cuts Will Fall, in: *New York Times*, 23.2.2013 <<http://www.nytimes.com/interactive/2013/02/23/us/politics/sequester.html?ref=politics>>; Daggett/Towell, *FY2013 Defense Budget Request*, S. 6.

<sup>8</sup> Vgl. Abschnitt „Anti Access/Area Denial Challenges“ und „Provide a Stabilizing Presence“, U.S. Department of Defense, *Sustaining U.S. Global Leadership. Priorities for 21st Century Defense*, Washington, Januar 2012, S. 4-6, <[http://www.defense.gov/news/defense\\_strategic\\_guidance.pdf](http://www.defense.gov/news/defense_strategic_guidance.pdf)>; Department of Defense, *Joint Operational Access Concept (JOAC), VERSION 1.0*, Washington, 17 January 2012, [http://www.defense.gov/pubs/pdfs/JOAC\\_Jan%202012\\_Signed.pdf](http://www.defense.gov/pubs/pdfs/JOAC_Jan%202012_Signed.pdf)>

rismus führt die US-Regierung heute in erster Linie mit Drohnen, also unbemannten, ferngesteuerten Luftfahrzeugen, und Spezialkräften fort.

Auffallend ist gleichwohl, dass bei der Entwicklung der US-amerikanischen Verteidigungsdoktrinen Szenarien von zwischenstaatlicher kriegerischer Auseinandersetzung heute wieder eine größere Rolle spielen. Ein Indiz hierfür ist die Aufwertung von „Anti-Area/Area Denial“-Strategien (A2/AD), die vor allem im strategischen Instrumentarium Chinas erkannt werden. Die US-Streitkräfte sollen in die Lage versetzt werden, den Zugang zu einem Operationsgebiet auch gegen Abwehrmaßnahmen durchsetzen zu können. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei Bedrohungen der US-amerikanischen Einsatzfähigkeit gegen Systeme im Weltraum und dem Cyberspace.

In der Sicherheitspolitik der Obama-Administration hat die Region Asien –Pazifik an strategischer Bedeutung gewonnen. Diese Region ist von den Kürzungen im Haushaltsetat daher nicht betroffen. Die USA wollen an der wirtschaftlichen Dynamik in Asien teilhaben, zielen gleichzeitig aber auch darauf ab, China einzuhegen und regionale Machtdifferenzen multilateral einzubetten („Rebalancing“). Instrumente im Strategiemix sind das Völkerrecht, die Institutionen der Region und die Stärkung alter und neuer Allianzen. Sichtbares Zeichen des wachsenden amerikanischen Engagements ist eine stärkere militärische Präsenz der USA. So werden 2.500 Marines in Australien neu stationiert.<sup>9</sup> Geplant ist auch die Verlegung von vier Schiffen für Küstenoperationen nach Singapur, wie generell ein größerer Teil der US-Kriegsschiffe als bisher im Pazifik stationiert werden soll. Auch werden Langstreckenbomber, F-35 Kampflugzeuge, Aufklärungsflugzeuge und eine Drohnenbasis in die Region verlegt.<sup>10</sup> Dabei handelt es sich um die Fortsetzung eines Trends in der US-amerikanischen Stationierungspolitik: Immerhin 320.000 US-Soldaten sind bereits in der Region stationiert.

Die neue Schwerpunktsetzung bedeutet jedoch nicht, dass sich die USA in ihrer Stationierungspolitik von Europa abwenden. In Deutschland sind zentrale Einrichtungen der amerikanischen Streitkräfte stationiert. Zwar begannen die USA im Jahr 2012, zwei schwere Kampfbrigaden mit zusammen über 7.000 Soldaten in Bayern und Rheinland-Pfalz sowie andere Einheiten aufzulösen. Insgesamt dürften bis 2017 über 10.000 US-Soldaten Deutschland verlassen. Auch danach wird mit etwa 40.000 Soldaten die Hälfte der in Europa stationierten US-Truppen in Deutschland angesiedelt sein. Das US European Command und sogar das US Africa Command haben ihren Sitz

---

<sup>9</sup> Vgl. Hillary Clinton, „Amerikas pazifisches Jahrhundert. Die Zukunft wird nicht in Afghanistan entschieden, sondern in Südostasien“, in: *Internationale Politik* Nr. 1, Januar/ Februar 2012, S. 62-69.

<sup>10</sup> Vgl. Elisabeth Bumiller, „Words and Deeds Show Focus of the American Military on Asia“, in: *New York Times*, 10.11.2012  
<<http://www.nytimes.com/2012/11/11/world/asia/us-militarys-new-focus-on-asia-becomes-clearer.html>>.

in Stuttgart. Deutschland hat gegenüber Stationierungsorten in Krisengebieten seine Infrastruktur, gute Lebensbedingungen und eine günstige Zeitzone als Vorteile anzubieten.

Der amerikanische Strategiewechsel bedeutet, dass künftig in der Asien- wie in der Europapolitik der USA den neuen und traditionellen Verbündeten eine größere Rolle zukommt.<sup>11</sup> Europa ist gefragt, in seiner Nachbarschaft selbst die Verantwortung für Frieden und Sicherheit zu übernehmen. Dafür ist die EU aber schlecht aufgestellt.

## **Abbau militärischer Fähigkeiten in Deutschland und Europa und Folgen für die Zusammenarbeit in der EU und der NATO**

In der EU und auch in Deutschland hat die Bewältigung der Schuldenkrise in der Eurozone oberste Priorität. Sie behindert die sicherheitspolitische Vertiefung und verstärkt die strategische Disparität unter den EU-Mitgliedern. Um eine besondere strategische Rolle der EU, wenn nicht global, so doch wenigstens in ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaft ausfüllen zu können, müssten die Staaten der EU zudem unterschiedliche militärische Fähigkeiten, Sicherheitskulturen und regionale Prioritäten unter einen Hut bringen.

Fast alle europäischen Staaten haben Einschnitte im Verteidigungsbereich vorgenommen, unkoordiniert und ohne Blick auf die sicherheitspolitischen Anforderungen.<sup>12</sup> Seit Ende 2010 durchläuft Deutschland eine Bundeswehrreform unter Einsparungsdruck, welche die Aussetzung der Wehrpflicht, ein schlankeres Ministerium und Neuverhandlungen von laufenden Rüstungsprojekten vorsieht – vor allem aber eine Verkleinerung der Streitkräfte um ein knappes Viertel auf 185.000 Soldaten.<sup>13</sup> In Frankreich hat die Phase der Einsparungen schon im Jahr 2008 eingesetzt, mit einer Verkleinerung der Streitkräfte von 242.000 auf 225.000. Das neue Weißbuch, das im April 2013 veröffentlicht wurde, wird weitere Einschnitte bei den Anschaffungen legitimieren, doch bleibt der Verteidigungshaushalt zu-

---

<sup>11</sup> Vgl. The White House, National Security Strategy, Washington, Mai 2010 <[http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/rss\\_viewer/national\\_security\\_strategy.pdf](http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/rss_viewer/national_security_strategy.pdf)>, S. 5.

<sup>12</sup> Christian Mölling, *Wege aus der europäischen Verteidigungskrise: Bausteine für eine Verteidigungssektorreform*, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studien 2013/S 08), Berlin, April 2013, S. 7.

<sup>13</sup> Vgl. Franz-Josef Meiers, „Aufbau, Umbau, Abbau: die Neuausrichtung der Bundeswehr“, in: *Österreichische militärische Zeitschrift*, 50 (Mai 2012) 3, S. 21-29.

nächst stabil.<sup>14</sup> Großbritannien will seine Armee bis 2020 um 20.000 Soldaten auf etwas mehr als 80.000 verkleinern.<sup>15</sup>

Die immer geringeren Verteidigungsausgaben in Kombination mit der ineffizienten Rüstungspolitik und dem Festhalten an nutzlosen Systemen haben die Fähigkeitslücken bei den Europäern im Vergleich zum amerikanischen Verbündeten größer werden lassen, in Bereichen wie Waffenwirkung, Aufklärung und Überwachung, Kommando- und Kommunikationstechniken, vor allem aber bei strategischer und taktischer Verlegung.<sup>16</sup> Aktuell sind die Europäer ohne die Unterstützung der Amerikaner kaum in der Lage, ihre Streitkräfte in längere Operationen zu senden, auszurüsten und zu kommandieren, oft mangelt es auch an Ersatzteilen und Munition. Die großen Staaten wollen zwar das volle Fähigkeitsspektrum aufrechterhalten, weisen aber schon jetzt erhebliche Mängel bei der Durchhaltefähigkeit in Operationen auf. Mittlere und kleinere Staaten, die meist größere Einsparungen im Verteidigungsbereich hinnehmen müssen, suchen nach Spezialisierungsmöglichkeiten.<sup>17</sup>

Die weit auseinanderklaffenden militärischen Fähigkeiten der USA und ihrer europäischen Partner sind auch eine Sollbruchstelle in der NATO. Diese Situation verschärft die ungleiche Lastenteilung im Bündnis und wird die Europäer in kommenden gemeinsamen Einsätzen mit den USA weiter marginalisieren. Die USA tragen drei Viertel der Kosten für NATO-Operationen und sind wegen der geringen und sinkenden Verteidigungsausgaben ihrer europäischen Verbündeten frustriert.

In der Konsequenz strebt die EU ebenso wie die NATO eine verstärkte rüstungs- und verteidigungspolitische Kooperation ihrer Mitglieder an, um größere Kapazitäten für weniger Geld zu erhalten beziehungsweise zu entwickeln. Weil aber auch die Entwicklung gemeinsamer Projekte Geld kostet, ist der Erfolg dieser Pläne bislang größtenteils ausgeblieben. In der EU ist *Pooling and Sharing* seit dem EU Gipfel vom Dezember 2010 das Leitbild der Rüstungskoooperation. Deutschland hat zusammen mit Schweden dazu den Gent-Konsultationsprozess angeregt, in dem im EU-Rahmen diejenigen militärischen Fähigkeiten identifiziert werden sollen, die partnerschaftlich durch mehrere Mitglieder entwickelt werden können. Auch die

---

<sup>14</sup> Vgl. Livre Blanc. Défense Et Sécurité Nationale – 2013

<<http://www.defense.gouv.fr/actualites/articles/livre-blanc-2013>>

<sup>15</sup> Vgl. Andrew Cuter, „U.K. Announces Cuts of 17 Major Army Units“, in: *Defense News*, 5.7.2012

<<http://www.defensenews.com/article/20120705/DEFREG01/307050002>> (abgerufen am 18.7.2012).

<sup>16</sup> Vgl. David S. Yost, „The NATO Capabilities Gap and the European Union“, in: *Survival*, 2000-01/4 Winter, S. 97–128; Charles Barry / Hans Binnendijk, *Widening Gaps in U.S. and European Defense Capabilities and Cooperation*, Institute for National Strategic Studies/ National Defense University, Washington, Juni 2012, <<http://www.ndu.edu/inss/docUploaded/Transatlantic%20Current%206%20Barry-Binnendijk.pdf>>.

<sup>17</sup> Vgl. Mölling, *Wege aus der europäischen Verteidigungskrise*, S. 7-12.

NATO bemüht sich um eine intensivere Verteidigungskooperation ihrer Mitglieder. Auf dem Gipfel von Chicago im Mai 2012 lancierten die Verbündeten eine Initiative unter der Überschrift *Smart Defense*, nach der sie durch Spezialisierung einzelner Mitglieder, neue Prioritätensetzung und bessere Zusammenarbeit die militärische Handlungsfähigkeit der Allianz erhalten wollten. Die gemeinsamen Projekte, welche die NATO und EU-Mitgliedstaaten dabei in die engere Planung genommen haben, sind meist ältere Kooperationsvorhaben mit neuem Anstrich. Dass es sowohl bei der Umsetzung des *Pooling and Sharing* als auch des *Smart Defense* hapert, liegt allerdings nicht allein an den Haushaltszwängen ihrer Mitglieder: Es existieren auch Ängste, die Entscheidungsgewalt über die eigenen Streitkräfte zu verlieren, vom Partner im Stich gelassen zu werden oder den Löwenanteil der Rechnung begleichen zu müssen. Vor allem die großen Länder tun sich zudem schwer, auf militärische Fähigkeiten zu verzichten, auch mit Blick auf die eigene Rüstungsindustrie. Deutschland ist ein ambivalenter Akteur in beiden Organisationen. Berlin ist um eine Verbesserung der europäischen Fähigkeiten bemüht. Jedoch macht der Parlamentsvorbehalt beim Einsatz der Bundeswehr Deutschland für Verteidigungskooperation zu einem unsicheren Partner. Auch ist es besonders zögerlich, wenn der Einsatz gemeinsamer Einheiten wie der EU Battle Groups oder der NATO Response Force diskutiert wird.

## **Deutsch-amerikanische Annäherung in der NATO**

Die NATO gilt in Deutschland als die wichtigste Sicherheitsorganisation, unter anderem weil sie die Amerikaner an die europäische Sicherheit bindet. Umso erstaunlicher war es, dass Deutschland sich in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts immer öfter von den Positionen der USA abwandte. In verschiedenen Konflikten kam die Zurückhaltung der Deutschen zum Tragen, die Bundeswehr in gefährliche Kampfeinsätze zu schicken. Viele Amerikaner sahen Berlin damals in der Rolle des Neinsagers, der jede funktionale oder geographische Erweiterung der NATO ablehnt. Eine Annäherung erfolgte während der ersten Amtszeit Obamas, obgleich sicherheitspolitische Differenzen bestehen bleiben. Drei Themenfelder weisen deutsch-amerikanische Kooperation auf, obwohl im Vorfeld widersprüchliche Positionen vorlagen.

## **Russland und Osteuropa**

Deutschland gilt vielen US-Sicherheitspolitikern wegen seiner engen wirtschaftlichen und energiepolitischen Verflechtung mit Russland als unsicherer Kantonist im Umgang mit letzterem. Deutschland verweigerte sich beispielsweise lange einer NATO-Raketenabwehr mit Hinweis auf die russische Bedrohungswahrnehmung. Das Projekt der Beitrittsverhandlungen mit postsowjetischen Ländern, über das sich

die Deutschen und Franzosen mit Hinweis auf die Verletzung russischer Interessen noch 2007/2008 heftig mit den Amerikanern gestritten hatten, verlor mit dem Georgienkrieg und dem Machtwechsel in der Ukraine allerdings an Schub.

Zudem war bei der Annäherung der Obama-Administration an Russland die deutsche Erfahrung gefragt. Im Vorfeld des NATO-Jubiläumsgipfels in Straßburg 2009 gelang durch Konsultationen zwischen Vertretern der deutschen und der neuen US-Administration eine Verständigung innerhalb der Allianz über strittige Fragen im Umgang mit Russland.<sup>18</sup> Im Strategischen Konzept, das auf dem Gipfel 2010 in Lissabon verabschiedet wurde, akzeptierte Deutschland auch eine neue Version der NATO-Raketenabwehr, verbunden mit der Hoffnung, dass hieraus ein gemeinsames NATO-Russland Projekt werden könnte. Während diese Verhandlungen jedoch stillstehen, entstanden im NATO-Russland-Rat neue Projekte unter anderem im Hinblick auf die Stabilisierung in Afghanistan. Für die zweite Amtszeit von Obama kann Russland wieder zu einer Herausforderung für die US-Regierung, also auch zu einem deutsch-amerikanischen Thema werden. Vor allem die unvereinbaren Positionen über eine internationale Ächtung des Bürgerkriegs in Syrien, aber auch anti-westliche Stimmungsmache aus dem Kreml sorgten zuletzt für eine Abkühlung zwischen Russland und Washington. Deutschland kann russisch-amerikanische Annäherung flankieren und gegenüber kritischen NATO-Partnern vermitteln.

## Afghanistan

Berlin hat sich seit der Ausweitung des NATO-Einzugsbereichs im Jahr 2007 mit einer betont zivilen Ausrichtung seiner Aktivitäten in der Schutztruppe ISAF zwar von dem US-amerikanisch geführten Antiterrorkampf abgegrenzt. Auch zeigte sich Deutschland unflexibel beim Einsatz seiner im Norden stationierten Soldaten in anderen Landes-teilen.<sup>19</sup> Die unterschiedlichen Ansätze innerhalb der Allianz haben sich im Zuge von NATO-internen Verhandlungen über Ziel und Zweck des Afghanistaneinsatzes jedoch mittlerweile angenähert.<sup>20</sup> Obamas strategische Neuausrichtung in Afghanistan mit der Truppenaufstockung, der Orientierung auf Zivilschutz und dem Abzugsdatum kam den Deutschen ebenfalls entgegen.

Durch den Truppenabzug der Amerikaner 2014 dürfte deutsches Engagement noch stärker gefragt sein. Als Führungsnation im Regionalkommando Nord muss es den Abzug über die Nordroute über Russland sichern. Zudem hat es für die zehnjährige Transforma-

---

<sup>18</sup> Hintergrundgespräch mit der deutschen NATO-Vertretung, 7.7.2009

<sup>19</sup> Vgl. Stefan Kornelius, *Der unerklärte Krieg. Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan*. Körber Standpunkte, Hamburg 2010.

<sup>20</sup> Vgl. ISAF's Strategic Vision. Declaration by the Heads of State and Government of the Nations Contributing to the UN-mandated NATO-led International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan, Bukarest, 3.4.2008.

tionsphase nach 2014 finanzielle und personelle Unterstützung für Afghanistan zugesagt. Berlin hat sich Mitte April bereit erklärt, für die ISAF-Folgeoperation „Resolute Support“, in der die NATO die Ausbildungshilfe für die Sicherheitskräfte in Afghanistan organisieren will, ab 2015 für zwei Jahre zunächst 600 bis 800 Soldaten für Kabul und Afghanistans Norden zu stellen. Danach soll sich der Einsatz auf Kabul konzentrieren und wird 200 bis 300 Soldaten umfassen. Hiermit verbindet Berlin aber bestimmte Forderungen. Neben dem Kriterium einer angemessenen Sicherheitslage drängt Deutschland auf eine Einladung der afghanischen Regierung, eine Resolution des VN-Sicherheitsrats, ein bilaterales Truppenstatut und angemessene Beiträge der anderen Partner der Mission.<sup>21</sup> Deutschland setzt damit auch die anderen Europäer, vor allem die Briten und Italiener unter Druck, eigene Zusagen zu machen. Deutschland hat sich dabei als zuverlässiger Partner der USA präsentiert.

## Atomwaffen

Im Vorfeld der Verhandlungen über das neue Strategische Konzept der NATO ab 2009 stieß die Initiative der Bundesregierung, die Allianz zu einer Speerspitze der nuklearen Abrüstung zu machen und die operativ nutzlosen taktischen Nuklearwaffen der Amerikaner aus Europa abzuziehen, auf Widerstand seitens Washingtons. Berlin nahm dabei Bezug auf Obamas Unterstützung der Global Zero Kampagne zur Abschaffung der Nuklearwaffen und zielte mit seinem Konzept auf eine Abschwächung der strategischen Bedeutung der nuklearen Abschreckung ab, um gegenüber Atombombenanwärttern wie dem Iran zu zeigen, dass es auch ohne solche Waffen geht. Gerade dieser Schritt war jedoch mit den USA, aber auch mit Frankreich nicht zu machen.

Entgegen den Vorstellungen der Deutschen betonte das Strategische Konzept somit erneut die Bedeutung der Nuklearwaffen für die Abschreckungsfähigkeit der NATO und würdigte den Anteil, den britische und französische Nuklearstreitkräfte daran haben.<sup>22</sup> Deutschland bekam im strategischen Konzept allerdings abrüstungspolitische Bemühenszusagen der NATO, etwa für Verhandlungen mit Russland über taktische Nuklearwaffen in Europa. In einem folgenden *Review* zum Verteidigungsdispositiv 2012 wurden diese Punkte wieder aufgenommen; die taktischen US-Nuklearwaffen in Europa

---

<sup>21</sup> Bundesregierung, USA-Reise de Maizière. Ein Angebot mit Bedingungen, Pressemitteilung, 1.5.2013

<[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/05/2013-05-01-de-maiziere-washington.html?\\_\\_site=Nachhaltigkeit](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/05/2013-05-01-de-maiziere-washington.html?__site=Nachhaltigkeit)>.

<sup>22</sup>Vgl. Engagement actif, défense moderne. Concept stratégique pour la défense et la sécurité des membres de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord adopté par les chefs d'État et de gouvernement au sommet de l'OTAN à Lisbonne, 19/20.11.2010 <[http://www.nato.int/strategic-concept/pdf/Strat\\_Concept\\_web\\_fr.pdf](http://www.nato.int/strategic-concept/pdf/Strat_Concept_web_fr.pdf)>.

bleiben zunächst unangetastet.<sup>23</sup> Das Thema ist damit nicht vom Tisch, zumal das Außenministerium nach weiteren Möglichkeiten sucht, die Abrüstung als Thema der NATO zu platzieren.

Diese Beispiele zeigen, dass Deutschland in der NATO zumindest teilweise aus der Ecke des Verweigerers herausgekommen ist, ohne sich weit von seinen Positionen wegzubewegen. Deutschland und die USA haben sich demnach zunehmend angenähert.

## **Deutschland und die USA im Einsatz gegen sicherheitspolitische Risiken sowie Krisen und Konflikte**

Eine kurze Gegenüberstellung des Umgangs mit zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen – nukleare Proliferation, Terrorismus, Cyberkriminalität, -spionage und -krieg sowie Piraterie – zeigt viele Parallelen und Kooperationsspielräume aber auch Konfliktpunkte zwischen Deutschland und den USA.

In der Eindämmung der *nuklearen Proliferation* ist Deutschland in eine partnerschaftliche Rolle hineingewachsen, und beim Ausbau des Nichtverbreitungs-Regimes mit guten Diensten und viel Initiative beteiligt, vor allem bei der Koordinierung innerhalb der EU. Für die USA ist die gewachsene deutsche Bereitschaft wichtig, sich gegenüber dem Iran im Sinne der Nichtverbreitung zu positionieren. Deutschland und die EU unterstützen die USA bei der Umsetzung der Sanktionen der Vereinten Nationen gegen das iranische Nuklearwaffenprogramm. Deutschland akzeptiert dabei auch ökonomische Kosten für die Eindämmung iranischer Ambitionen. Hier ist auch nach der Wahl des Reformers Hassan Rohani zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran im Juni 2013 eine geschlossene westliche Position sinnvoll, zu der die deutsche Außenpolitik beitragen kann.

Die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im *Kampf gegen den internationalen Terrorismus* gilt als gut, die Geheimdienstzusammenarbeit wird von beiden Seiten größtenteils positiv bewertet. Die Bundesregierung hat zwar Streitpunkte wie das Gefangenenlager Guantánamo oder die Entführungstaktik der CIA kritisch thematisiert, die Partnerschaft aber insgesamt nicht in Frage gestellt. Kontroverser ist der Einsatz von Drohnen und Sondereinsatzkräften außerhalb der unmittelbaren Kriegsgebiete. So gehen die USA in Pakistan, aber auch im Jemen und in Somalia mit Drohnenangriffen und Sondereinsatzkräften gegen die Führungsriege und die Infrastruktur terroristischer Gruppen vor.

---

<sup>23</sup> NATO, Deterrence and Defence Posture Review, Press Release (2012) 063, 20.05.2012  
<[http://www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_87597.htm?mode=pressrelease](http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_87597.htm?mode=pressrelease)>.

scher Gruppierungen wie Al Kaida vor.<sup>24</sup> In einer Grundsatzrede im Mai 2013 vor der National Defense University hat Präsident Obama zwar schärfere Richtlinien für den Einsatz von Drohnen angekündigt, die nur dann gegen Terroristenführer eingesetzt werden sollen, wenn eine Gefangennahme ausgeschlossen ist.<sup>25</sup> Das Instrument des Drohnenkriegs gibt die US-Regierung aber nicht auf. Hieraus kann ein Konflikt in der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit werden, wenn die USA von Deutschland eine aktive Teilnahme an einer entsprechenden Mission erbitten – was jedoch kein wahrscheinliches Szenario ist.

Deutschland distanziert sich von der Taktik der gezielten Tötungen, kritisiert die USA aber nicht öffentlich und hat sich im Afghankrieg an der Identifizierung von Zielpersonen aus dem Talibanumfeld beteiligt.<sup>26</sup> Dass die Bundesregierung hier nicht den Konflikt mit dem amerikanischen Partner sucht, zeigt auch die verhaltene Reaktion auf Vorwürfe Ende Mai 2013, die USA würden völkerrechtswidrige Drohnenflüge von deutschem Boden aus führen, konkret über den Luftwaffenstützpunkt in Ramstein.<sup>27</sup> Die Bundesregierung befürwortet dabei durchaus den Einsatz von Drohnen zum Schutz von Soldaten und kündigte Anfang 2013 entsprechend an, die Bundeswehr mit Kampfdrohnen ausstatten zu wollen. Für gezielte Tötungen sollen diese hingegen nicht genutzt werden.<sup>28</sup>

Eine besondere Aufmerksamkeit gewann das Drohnen Thema in Deutschland im Mai 2013. Das Bundesverteidigungsministerium beendete nach dem Ankauf eines Prototyps ein Beschaffungsprojekt über insgesamt fünf Überwachungsdrohnen des Typs RQ-4E Eurohawk des US-Herstellers Northrop Grumman mit Sensortechnik der EADS. Grund war, dass eine Zertifizierung der Systeme für den zivilen deutschen Luftraum, in die ein automatischer Kollisionsschutz eingeschlossen werden muss, Mehrkosten von 600 Mio. Euro nach sich ziehen würde. Das Projekt, für das bis April 2013 bereits 551,6 Mio. Euro gezahlt worden waren, war über Jahre weitergeführt wor-

---

<sup>24</sup> Vgl. Micah Zenko, *Reforming U.S. Drone Strike Policies*, Council on Foreign Relations, Council Special Report No. 65, Januar 2013, S. 10

<[i.cfr.org/content/publications/attachments/Drones\\_CSR65.pdf](http://i.cfr.org/content/publications/attachments/Drones_CSR65.pdf)>.

<sup>25</sup> Remarks by the President at the National Defense University, National Defense University, Fort McNair, Washington, D.C. 23.5.2013

<<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/05/23/remarks-president-national-defense-university>>

<sup>26</sup> Vgl. Annegret Bendiek, *An den Grenzen des Rechtsstaates: EU-USA-Terrorismusbekämpfung* (SWP-Studien 2011S 03), Februar 2011 <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011\\_S3\\_bdk\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S3_bdk_ks.pdf)>.

<sup>27</sup> Vgl. Christian Fuchs, John Goetz und Hans Leyendecker, „US-Streitkräfte steuern Drohnen von Deutschland aus“, *Süddeutsche Zeitung*, 30.6.2013

<<http://www.sueddeutsche.de/politik/luftangriffe-in-afrika-us-streitkraefte-steuern-drohnen-von-deutschland-aus-1.1684414>>

<sup>28</sup> Vgl. „De Maizièrre für bewaffnete Kampfdrohnen“, in: *Ruhr Nachrichten*, 26.01.2013

<<http://www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/brennpunkte/De-Maizi%25E8re-fuer-bewaffnete-Kampfdrohnen;art333,1889930>> (eingesehen am 21.5.2013).

den, obwohl die Zulassungsproblematik im Bundesministerium der Verteidigung bekannt war.<sup>29</sup> Bei der Eurohawk-Debatte geht es zum aktuellen Zeitpunkt um das Scheitern eines Beschaffungsprojektes und nicht um die Frage ob, und zu welchem Zweck Drohnen benötigt werden. Während die deutsche Opposition das Debakel in einem Untersuchungsausschuss des Bundestages behandeln lassen will, um im Wahlkampf die politische Verantwortung des Verteidigungsministers Thomas de Mazière herauszustellen, wird in Deutschland wenig über die strategische Notwendigkeit unbemannter Kriegsführung gesprochen.

*Cybersicherheit* ist ein weiteres wichtiges Thema. Die USA haben sehr früh die Verletzlichkeit der Computernetzwerke als Sicherheitsrisiko erkannt und umfangreiche Abwehrfähigkeiten aufgebaut.<sup>30</sup> Neben Maßnahmen gegen Cyberkriminalität ergreifen sie auch verstärkt Maßnahmen gegen Cyberspionage und Cyberwar. Dabei setzten sie nicht nur auf Maßnahmen, welche die Verwundbarkeit im Cyberraum reduzieren, sondern auch auf Prävention durch Abschreckung. In Deutschland und der EU ist die Erkenntnis ebenfalls gereift, dass der Cyberraum stärker geschützt werden muss, doch spielt das Thema im Vergleich zu den USA in der Sicherheitspolitik noch eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Das Koordinierungsorgan der Sicherheitsbehörde, das seit 2011 operative Cyber Abwehrzentrum, hat nur zehn Mitarbeiter. Deutschland und die EU legen den Schwerpunkt ihrer Cyberpolitik auch eher auf Cyberkriminalität als auf Cyberwar.<sup>31</sup>

Zu einem besonders gravierenden Konflikt im Bereich Cybersicherheit kann sich der Streit über die Überwachungspraxis der Amerikaner im Internet und gegen diplomatische Einrichtungen der europäischen Partner auswachsen. Der US-amerikanische Militärgespionagedienst National Security Agency (NSA) hat im Rahmen des Programms PRISM (Planning Tool for Resource Integration, Synchronization, and Management) Verbindungsdaten (also nicht Inhalte) von E-Mail und Telefonkontakten vornehmlich von Nicht-Amerikanern im Umfang von einer halben Milliarde Datensätzen pro Monat gesammelt. Die Überwachung fand im Kontext der Terrorbekämpfung statt.<sup>32</sup> Die Erkenntnis, dass die USA derartige Daten in

---

<sup>29</sup> Vgl. Bewertungen und Konsequenzen zum Euro Hawk durch den Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière anlässlich der Vorlage des „Berichts der Ad-hoc Arbeitsgruppe Euro Hawk“ des Bundesministeriums für Verteidigung im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags, 5.6.2013, Berlin

<sup>30</sup> Vgl. The Comprehensive National Cybersecurity Initiative  
<<http://www.whitehouse.gov/cybersecurity/comprehensive-national-cybersecurity-initiative>> (eingesehen am 21.5.2013).

<sup>31</sup> Vgl. Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland, 2011,  
<[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED\\_Verwaltung/Informationsgesellschaft/cyber.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/Informationsgesellschaft/cyber.pdf?__blob=publicationFile)> (eingesehen am 21.5.2013).

<sup>32</sup> Vgl. Charlie Savage/Edward Wyatt/Peter Baker, "U.S. Confirms That It Gathers Online Data Overseas", *New York Times*, 6.6.2013,

großem Umfang speichern, hat in der deutschen Öffentlichkeit für Verstimmung gesorgt. Obama nahm darauf vage in seiner Rede am Brandenburger Tor Bezug, indem er eine Balance von Sicherheitsinteressen und dem Schutz der Privatsphäre zu einer Aufgabe der westlichen Freiheitsagenda erhob. Die amerikanische Seite verteidigt das Programm, mit dem bis zu 50 Terroranschläge in den USA und weltweit verhindert worden seien. Offen ist zurzeit, inwieweit auch deutsche Geheimdienste wie der Bundesnachrichtendienst von der Überwachung gewusst und profitiert haben. Deutsche Dienste erhalten gelegentlich US-amerikanische Auswertungsergebnisse für die Terrorabwehr. Auch die deutschen Nutzer sind nicht durchgehend gegen eine Überwachung des Internets: Einer Umfrage im Auftrag von Zeit online zufolge befürworten 40 Prozent der Befragten eine derartige staatliche Informationsbeschaffung im Internet.<sup>33</sup>

Weit problematischer war der Vorwurf, dass die NSA Vertretungen der EU und wichtiger europäischer Partnerstaaten in den USA gezielt durch Wanzen und das Anzapfen von Kommunikationskabeln abgehört haben soll.<sup>34</sup> Diese Praxis würde sich nicht aus der Zwangslage des Antiterrorkampfes erklären lassen, sondern dürfte dem Ziel der politischen und Wirtschaftsspionage gedient haben. Europäische Politiker, auch die Bundesregierung, zeigten sich verärgert über die Spionage „bei Freunden“, beklagten Vertrauensverlust und verlangten schnelle Aufklärung. Die US-Regierung reagierte unwillig, bot eine Aufklärung in einigen Wochen und einen Dialog über ihre Handlungen an - eine europäische Delegation reiste im Juli zu Gesprächen nach Washington, ebenso der deutsche Innenminister.

*Piraterie* ist eine weitere sicherheitspolitische Herausforderung, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen dürfte. Deutschland als starke Exportnation hat ein großes Interesse an der Sicherheit der Transportwege. Im Augenblick ist Deutschland an der NATO Pirateriemission Ocean Shield am Horn von Afrika als Teil der dort eingesetzten Standing NATO Maritime Group 2 beteiligt. Deutschland ist mit mindestens einer Fregatte dauerhaft an der EU Operation Atalanta beteiligt, vornehmlich zum Schutz der Lieferungen des World Food Programs. Deutschland entsendet auch Personal an die von der EU-geführte Mission NESTOR zum Aufbau von Fähigkeiten der Küstenstaaten im Kampf gegen die Piraterie. Die USA führen mit der Combined Task Force 151 einen Marineverband im Golf von Aden, an dem sich gelegentlich deutsche Schiffe beteiligen.

---

<[http://www.nytimes.com/2013/06/07/us/nsa-verizon-calls.html?pagewanted=all&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2013/06/07/us/nsa-verizon-calls.html?pagewanted=all&_r=0)>.

<sup>33</sup> Vgl. Thomas Hodel, „Fast jeder Zweite findet digitale Überwachung richtig“, *Zeit-online*, 12.6.2013 <<http://www.zeit.de/politik/2013-06/umfrage-internet-nutzung-digitale-ueberwachung>> .

<sup>34</sup> Vgl. heb/dpa/AFP, „US-Abhördienst: NSA spähte weitere europäische Botschaften aus“, *Spiegel Online*, 1.7.2013

<<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/us-geheimdienst-nsa-spaehete-auch-frankreich-und-italien-aus-a-908660.html>>.

Deutschland ist somit ein wichtiger Partner für die USA im Umgang mit zentralen sicherheitspolitischen Risiken. Ein Blick auf ausgewählte Konfliktländer – Libyen, Mali und Syrien – zeigt gleichzeitig die Grenzen der deutschen Kooperationswilligkeit, die strategische Disparität unter den Europäern und ihre Abhängigkeit von den USA, die auch in kommenden Kriseneinsätzen ein Problem werden dürften.

In Hinblick auf ein Eingreifen in *Libyen* übersetzte Deutschland im März 2011 seine Angst vor einer militärischen Verstrickung in eine für die westlichen Partner frustrierende Enthaltung im UN-Sicherheitsrat. Die USA beteiligten sich hingegen mit einer umfangreichen Luftoperation, die in den ersten Tagen mit Lenkwaffen die libysche Luftabwehr ausschalten konnte, und trugen somit maßgeblich zum Erfolg der von Frankreich und Großbritannien geführten Operation, die später in NATO-Kommando überging, bei.<sup>35</sup>

Ähnlich sah es in *Mali* aus, wo Frankreich ab Januar 2013 mit US-amerikanischer Aufklärungshilfe der Regierung in Bamako beim Kampf gegen islamistische Rebellen im Norden des Landes half. Deutschland brüskierte mit einem mageren Beitrag von zwei Transportflugzeugen seinen engsten europäischen Partner, unterstützte aber – vielleicht als Alibi – eine Ausbildungsmission der EU.<sup>36</sup>

Weder Europäer noch Amerikaner konnten sich zu einem Eingreifen in *Syrien* entschließen, obwohl schnell erkennbar war, dass der Bürgerkrieg lang und opferreich sein würde, und dass sich islamistische Extremisten um eine starke Rolle in dem zerrütteten Land vor den Toren Europas bemühen würden. Deutschland als nichtständiges Mitglied hatte sich intensiv für eine Stellungnahme des VN-Sicherheitsrats eingesetzt. Nachdem eine Ächtung des Assad-Regimes oder gar ein Mandat für Krisenmaßnahmen im Sicherheitsrat gegen russischen Widerstand nicht möglich war, blieb die EU relativ untätig, abgesehen von Hilfsmitteln für die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik in den Nachbarländern. Die EU beschloss zudem bei einem Treffen seiner 27 Außenminister am 18. Februar 2013, dass keine Bewaffnung der Rebellen erfolgen sollte, aus Angst, die Waffen könnten den Extremisten in die Hände fallen.<sup>37</sup> Im Februar

---

<sup>35</sup> Vgl. Andreas Rinke, „Eingreifen oder nicht? Warum sich die Bundesregierung in der Libyen-Frage enthielt“, in: *Internationale Politik* 4, Juli/August 2011, S. 44-52, <<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/juli-august/ingreifen-oder-nicht>>; Thom Shanker/ Eric Schmitt, „Seeing Limits to ‘New’ Kind of War in Libya“, in: *New York Times*, 21.10.2011 <[http://www.nytimes.com/2011/10/22/world/africa/nato-war-in-libya-shows-united-states-was-vital-to-toppling-qaddafi.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2011/10/22/world/africa/nato-war-in-libya-shows-united-states-was-vital-to-toppling-qaddafi.html?_r=0)>.

<sup>36</sup> Vgl. Markus Kaim, „Deutschland und das internationale Konfliktmanagement in Mali“, SWP-Aktuell 2013/A 08, Januar 2013 <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A08\\_kim.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A08_kim.pdf)>.

<sup>37</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien, 18. Februar 2013 <[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/135529.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/135529.pdf)>.

2013 kam dieser Streit noch einmal auf, als Frankreich und das Vereinigte Königreich den Konsens brechen wollten. Deutschland pochte auf den EU Konsens und wehrte sich gegen eine militärische Parteinahme.<sup>38</sup> Ein Hoffnungsschimmer ergab sich aus der Annäherung der USA mit Russland, in Form eines Besuchs des US-Außenministers John Kerry in Moskau zu Vorgesprächen über eine Friedenskonferenz. Der deutsche Außenminister Westerwelle kündigte an, auf beide Seiten einwirken zu wollen, um die Konferenz möglich zu machen.<sup>39</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. „Krieg in Syrien Merkel zögert mit Waffenlieferungen an Assads Feinde“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 15.3.2013

<<http://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-syrien-merkel-zoegert-mit-waffenlieferungen-an-assads-feinde-1.1625310>>.

<sup>39</sup> „Westerwelle sieht Chance für Ende des Krieges“, in: *Rheinische Post*, 9.5.2013 <<http://www.rp-online.de/politik/deutschland/westerwelle-sieht-chance-fuer-ende-des-krieges-1.3385921>>.

# Transatlantische Handelsbeziehungen

---

Während sich die transatlantischen und US-deutschen Sicherheitsbeziehungen schwierig gestalten und sich daran auch in den kommenden Jahren kaum etwas ändern dürfte, sind die anstehenden Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) eine Chance, die transatlantische Wirtschaftsintegration deutlich voranzutreiben. Es wäre gleichwohl naiv, anzunehmen, dass dies ein leichtes Unterfangen sein wird.

## ***Handelspolitik der USA und der EU im Zeichen der Finanzkrise***

Als Barack Obama 2009 ins Weiße Haus einzog, spielte das Thema Handel keine besondere Rolle für den neuen Präsidenten. Oberste Priorität hatte die Bekämpfung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Für Obama war die Handelspolitik überdies ein politisch schwieriges Thema. Nicht nur steht die Mehrheit der Demokraten einer weiteren Öffnung des US-amerikanischen Marktes kritisch gegenüber, das Thema ist auch in der Bevölkerung unpopulär. Zudem wollte sich Obama von seinem Vorgänger George W. Bush distanzieren, der eine proaktive Handelsagenda verfolgt und zahlreiche Freihandelsabkommen abgeschlossen hatte. Im Laufe seiner ersten Amtszeit entdeckte Obama allerdings die Handelspolitik als wirtschaftspolitisches Instrument für sich, um Wachstum und Beschäftigung in den USA zu fördern und die Amerikaner aus der Finanzkrise herauszuführen.

In seiner *State of the Union*-Rede, der Ansprache zur Lage der Nation, vom 27. Januar 2010 kündigte der Präsident entsprechend an, die US-amerikanischen Exporte in den kommenden fünf Jahren verdoppeln und somit zwei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Zu diesem Zweck wurde im März 2010 die Nationale Exportinitiative (NEI) ins Leben gerufen: Kleine und mittlere Unternehmen sollten stärker unterstützt werden, und die Regierung wollte internationale Handelsregeln auf wichtigen Märkten aggressiver durchsetzen. In diesem Zusammenhang revidierte Obama auch seine ablehnende Haltung gegenüber neuen FTAs. Neben dem Engagement in den aktuellen multilateralen Liberalisierungsverhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO)

sollten vor allem Handelsbeziehungen mit Asien und zentralen Handelspartnern wie Südkorea gestärkt werden. Im März 2010 nahmen die USA dann zum ersten Mal an den Verhandlungen zu einer Transpazifischen Partnerschaft (TPP) teil.<sup>40</sup> Daneben zeigte Obama zu Beginn seiner zweiten Amtszeit auch ein verstärktes Interesse an einer Vertiefung und Ausweitung der Handels- und Investitionsbeziehungen mit der EU.

Die Europäer verfolgen seit Jahren eine proaktive Handelspolitik. Freihandelsabkommen sind ein wichtiger Teil ihrer Strategie „Global Europe: Competing in the World“ (2006). Hierin wird unter anderem der Abschluss neuer Handelsabkommen gerade mit asiatischen Handelspartnern gefordert, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern.<sup>41</sup> Dabei soll es nicht nur um die klassischen Handelsthemen wie den Abbau von Zöllen gehen. Zu den so genannten Handels-Plus Themen, die in das Zentrum der EU-Handelspolitik gerückt sind, gehören die öffentlichen Auftragsvergabe, der Schutz geistigen Eigentums, Wettbewerbs sowie Umwelt und Soziales. Die Kriterien für neue Handelsabkommen sind: 1. Marktpotential des Partnerlands, 2. Offenheit für EU-Exporte und 3. bereits bestehende FTAs von Wettbewerbern (insbesondere der USA, Japans und Chinas), welche die EU benachteiligen.<sup>42</sup>

Deutschland ist ein wichtiger Treiber in der Handelspolitik der EU. Während die Bundesregierung zwar nach wie vor den Abschluss der Doha-Runde der WTO als höchste Priorität nennt, setzt sie sich schon lange für den Abschluss bilateraler Handelsabkommen ein. Ausdruck dessen war sowohl ihre Unterstützung der FTA-Verhandlungen mit Südkorea als auch jüngst der Aufnahme von Gesprächen mit Japan. Auch ein Freihandelsabkommen mit den USA ist seit langem ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Die Bundesregierung bewertet FTAs dabei nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zum multilateralen Handelssystem, in anderen Worten als „stepping stone“ und nicht als „stumbling block“. Die Bundesregierung hofft, über bi- und plurilaterale Handelsabkommen, schneller als unter dem Dach der WTO, Marktöffnung voranzutreiben und das Handelsrecht an die neuen weltwirtschaftlichen Herausforderungen anzupas-

---

<sup>40</sup> Die Ursprünge der TPP gehen auf das „Trans-Pacific Strategic Economic Partnership“ (TPSEP), auch „P4-Abkommen“ genannt, zurück, das von 2002 bis 2005 zwischen Chile, Neuseeland, Singapur und später auch Brunei verhandelt wurde. Im Februar 2008 hatte der damalige US-Präsident George W. Bush angekündigt, dass sich die USA an den Verhandlungen über die noch ausstehenden Bereiche beteiligen würden. Im Zuge des Regierungswechsels nach der Wahl des neuen Präsidenten Barack Obama verzögerte sich der weitere Prozess jedoch.

<sup>41</sup> Vgl. European Commission, *New Strategy Puts EU Trade Policy at Service of European Competitiveness and Economic Reform*, 4.10.2006, <<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=211&serie=163&langId=en>> (eingesehen am 15.3.2013).

<sup>42</sup> Vgl. Georg Koopmann/Lars Vogel, „Regionalisation of Trade and Regionalism in Trade Policy – Patterns, Strategies and Impact,“ in: *Intereconomics*, September-October 2008, S. 306.

sen. Gleichzeitig betont sie die Bedeutung der WTO als zentrale Organisation zur Wahrung eines regelbasierten, multilateralen Handelssystems und zur Beilegung von Handelsstreitigkeiten. Diese Einschätzung teilt Deutschland mit den USA.

## **Transatlantische Integration**

### **Wirtschaftliche Verflechtung**

Wenige Volkswirtschaften sind so eng miteinander verflochten wie die der USA und der EU. Trotz des Aufholprozesses der Schwellenländer sind die transatlantischen Partner nach wie vor die wirtschaftlichen Schwergewichte der Welt. Zusammen verfügen sie über die weltweit größten Volkswirtschaften und Märkte. Rund 40 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP), 25 Prozent der weltweiten Güterexporte (EU-interne Exporte nicht mitgerechnet), rund 44 Prozent der globalen Dienstleistungsexporte (ebenfalls ohne EU-interne Exporte), und etwa 39 Prozent des weltweiten Bestands an ausländischen Direktinvestitionen (FDI-Inward Stocks; EU-interne Bestände nicht mitgerechnet) entfielen 2011 auf die transatlantischen Partner.<sup>43</sup> Überdies waren sie für rund 63 Prozent der weltweiten Unternehmensfusionen und -übernahmen verantwortlich.<sup>44</sup>

Die USA sind seit Jahren der wichtigste Exportmarkt für europäische Unternehmen; 2011 gingen 15,8 Prozent der EU-Exporte in die USA. Für die USA ist die EU der größte Exportmarkt nach Kanada (18,2 Prozent). Der Anteil der gegenseitigen Dienstleistungsexporte am gesamten Dienstleistungsverkehr der beiden Partner liegt sogar noch etwas höher bei rund 24 (EU) und 38 Prozent (USA).<sup>45</sup> Noch enger sind die Verflechtungen bei den ausländischen Direktinvestitionen. Sie sind Rückgrat und Motor der transatlantischen Wirtschaftsintegration zugleich. So flossen 2011 51,1 Prozent der gesamten US-amerikanischen, im Ausland getätigten Direktinvestitionen in die EU. Im Gegenzug gingen im Jahr 2011 knapp 34 Prozent der gesamten europäischen FDI in die USA.<sup>46</sup> Besonders eindrucksvoll ist die Entwicklung der Gewinne US-amerikanischer Tochterunternehmen in Europa beziehungsweise europäischer Unternehmen in den USA. Seit Jahren steigen diese kontinuierlich an. Europa ist die profitabelste Region für US-Unternehmen. Seit dem Jahr 2000 werden 56 Prozent der Einnahmen von US-Tochtergesellschaften im Ausland in Europa erzielt.<sup>47</sup>

---

<sup>43</sup> Daten aus Eurostat und UNCTAD (eingesehen am 17.4.2013).

<sup>44</sup> Vgl. Dan Hamilton/ Joseph Quinlan, *The Transatlantic Economy 2013*, März 2013, S. 19, Daten für 2011.

<sup>45</sup> Daten von Eurostat und Bureau of Economic Analysis (eingesehen am 15.3.2013).

<sup>46</sup> Eurostat (bop\_fdi\_main) <<http://www.bea.gov/international/di1fdibal.htm>> (eingesehen am 15.3.2013).

<sup>47</sup> Vgl. Dan Hamilton/ Joseph Quinlan, *The Transatlantic Economy 2013*, S. xiii.

Auch für Deutschland sind die USA ein wichtiger Wirtschaftspartner. In der Rangfolge der wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU liegen die USA bei den Ausfuhren auf Platz eins noch vor China.<sup>48</sup> Amerika ist ein wichtiger Absatzmarkt und Produktionsstandort für deutsche Unternehmen. Der Absatz der deutschen Automobilbranche in den USA boomt. Neben der Automobilbranche profitieren auch der deutsche Maschinenbau, Chemie sowie Elektrotechnik und Zukunftsbranchen wie Gesundheit und erneuerbare Energien vom Amerikageschäft. Für die USA liegt Deutschland an sechster Stelle im Güterhandel (inkl. EU, sonst an fünfter Stelle).<sup>49</sup> Amerika hat ein Interesse an dem Engagement deutscher Unternehmen im Land, bringen sie doch wichtige Arbeitsplätze.

Der transatlantische Handel ist bereits stark liberalisiert. Die durchschnittlichen angewandten Zölle sind mittlerweile sehr niedrig: Die EU hat einen Zollsatz von rund 4 Prozent bei Industriegütern; bei Agrargütern liegt der Satz mit 13,9 Prozent allerdings deutlich darüber.<sup>50</sup> In den USA liegt der durchschnittliche Zollsatz bei 3,3 Prozent auf Industriegüter und 5 Prozent auf Agrargüter.<sup>51</sup> Es gibt allerdings noch eine Vielzahl an Spitzenzöllen, die sich in der EU vor allem im Agrarhandel und in den USA insbesondere bei Textilien (42%), Bekleidung (32%) sowie Leder und Schuhwerk (56%) finden. Insgesamt belasten Hochzölle aber nur einen geringen Teil des transatlantischen Handels (2% der EU-Importe und 0,8% der US-Importe).<sup>52</sup>

Nach wie vor stellen zudem technische, nichttarifäre Marktzugangsbarrieren (NTBs) gravierende Handels- und Investitionshemmnisse dar. Technische (regulative) Handelsbarrieren existieren vor allem in der Pharma- und Kosmetikindustrie, der Kraftfahrzeugbranche sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie. Daneben belasten Registrierungs-, Dokumentations- und Zollabwicklungsverfahren den transatlantischen Handel.

---

<sup>48</sup> Statistisches Bundesamt, Außenhandel 2012, <[https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Handelspartner/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Handelspartner/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile)> (eingesehen am 21.5.2013).

<sup>49</sup> United States Census, Top Trading Partners - Total Trade, Exports, Imports, <<http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/top/top1212yr.html>> (eingesehen am 21.5.2013).

<sup>50</sup> WTO, European Union Tariff Profile, <<http://stat.wto.org/TariffProfile/WSDBTariffPFView.aspx?Language=E&Country=E27>> (eingesehen am 19.3.2013).

<sup>51</sup> WTO, United States Tariff Profile, <<http://stat.wto.org/TariffProfile/WSDBTariffPFView.aspx?Language=E&Country=US>> (eingesehen am 19.3.2013).

<sup>52</sup> Vgl. EU Commission, *Impact Assessment Report on the Future of EU-US Trade Relations*, Commission Staff Working Document, Strasbourg 12.3.2012.

## Handelspolitische Zusammenarbeit: Treiber Deutschland

Eine stärkere transatlantische Integration ist wünschenswert, doch ist dieses Vorhaben alles andere als einfach. Bisher scheiterten ähnliche Versuche am mangelnden Interesse der USA und am Widerstand einiger EU-Mitglieder wie etwa Frankreich. In Deutschland wurde die Idee einer TAFTA (Transatlantic Free Trade Agreement) erstmals 1995 vom damaligen Außenminister Kinkel vorgebracht. Die deutsche Initiative bereitet den Weg für die „Neue Transatlantische Agenda“ und die Gründung des Transatlantischen Business Dialogues. Die Ergebnisse waren jedoch bescheiden. Dies gilt auch für die 2005 ins Leben gerufene EU-US-Wirtschaftsinitiative, die den Abbau von NTBs zum Ziel hatte. Die Harmonisierung beziehungsweise gegenseitige Anerkennung von Regelwerken verlangt komplexe und teils teure gesetzliche und regulatorische Änderungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Erschwert wird die Regulierungskooperation durch die unterschiedlichen Regulierungsphilosophien dies- und jenseits des Atlantiks, die besonders beim Thema Umwelt- und Gesundheitsschutz sichtbar werden. So wendet die EU das sogenannte Vorsorgeprinzip an. Im Gegensatz zu den USA basieren Regulierungen und Standards in der EU entsprechend nicht nur auf einer wissenschaftlich fundierten Risikoanalyse, sondern beziehen auch potentielle, nicht-wissenschaftlich belegte Bedrohungen mit ein. Erschwert wird die Kooperation zudem durch das fehlende Vertrauen in die Intentionen der Partner. Während die EU beispielsweise das Verbot von Hormonfleisch mit dem Konsumentenschutz begründet, vermuten die USA darin die versteckte Absicht, den heimischen Agrarsektor zu schützen. Schließlich hemmt die Vielzahl an Regulierungsinstanzen auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene in den USA sowie in der EU und ihren Mitgliedstaaten die transatlantische Regulierungskooperation. Ohne Engagement auf höchster politischer Ebene lässt sich daher eine Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von Regulierungen nicht durchsetzen. Doch gerade daran haperte es in der Vergangenheit sowohl in den USA als auch in der EU.

Im September 2006, in Vorbereitung auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, lancierte Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut das zu diesem Zeitpunkt noch recht vage umrissene Projekt einer transatlantischen Freihandelszone. Merkels Initiative löste zunächst nur verhaltene bis kritische Reaktionen in Berlin und Brüssel aus. Bernd Pfaffenbach, damaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), bezeichnete die Initiative als „Todesstoß“ für die Doha-Runde der WTO. Und der damalige EU-Handelskommissar Mandelson warnte, dass der Rest der Welt mit Entsetzen reagieren würde, sollten die beiden größten Wirtschaftsmächte exklusive Handelsvorteile vereinbaren.<sup>53</sup> Als Konsequenz gab

---

<sup>53</sup> Vgl. Peter Mandelson zitiert in: „EU-Handelskommissar lehnt Freihandelszone ab“, in: *Manager-Magazin*, 3.10.2006.

die Kanzlerin die Idee einer TAFTA auf und warb für eine engere Zusammenarbeit, insbesondere den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Beistand erhielt Merkel vom EU-Parlament, das sich in seiner Entschließung zu den transatlantischen Beziehungen vom 25. April 2007 deutlich für ein neues transatlantisches Partnerschaftsabkommen aussprach.

Die deutsche Initiative war erfolgreich: Am 30. April 2007 unterzeichneten die EU und die USA in Washington die Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration und gründeten den „Transatlantic Economic Council“(TEC).<sup>54</sup> Ziel der neuen Initiative war der Abbau von NTBs. Dabei wurden zwei Schwerpunkte gesetzt: Zum einen sollte der TEC auf bestehenden sektoralen Dialogen aufbauen (Nahrungsmittelsicherheit, Verbraucherschutz etc.), zum anderen wurden „Leuchtturmprojekte“ identifiziert, die sich mit Schutz geistigen Eigentums, Finanzmärkten usw. befassen sollten. Durch dieses neue High-level-Forum – seine Mitglieder haben Kabinettsrang – sollten politische Ziele gesetzt und den bestehenden Dialogen eine neue Dynamik gegeben werden.

Die Ergebnisse der Arbeit des TEC waren gleichwohl überschaubar. Zu seinen Erfolgen gehören unter anderem die gegenseitige Anerkennung der Rechnungslegungsstandards, das „Open Skies“-Abkommen über den freien Luftfahrtverkehr sowie die gegenseitige Anerkennung der Zollsicherheitsprogramme. Im TEC zeigte sich allerdings erneut, wie schwierig die Harmonisierung oder auch die (gegenseitige) Anerkennung abweichender Standards und Regulierungen ist.

Beim EU-US-Gipfel Ende 2011 kamen die Partner überein, dass die transatlantische Kooperation einen neuen Impetus bräuchte. Entsprechend riefen sie eine hochrangig besetzte EU-U.S. *High Level Working Group on Jobs and Growth* (HLWG) ins Leben. Bis Ende 2012 sollte die vom US-Handelsbeauftragten (USTR) Ron Kirk und dem EU-Handelskommissar Karel de Gucht geleitete Arbeitsgruppe einen umfassenden Maßnahmenkatalog erstellen. Anfang Februar 2013 legte die HLWG ihre Vorschläge für eine engere transatlantische Zusammenarbeit vor und empfahl ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen. Am 12. Februar kündigten US-Präsident Barack Obama, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rats, an, Gespräche über ein solches Handels- und Investitionsabkommen aufzunehmen. Trotz der politischen Verstimmungen über das US-amerikanische Spähprogramm begann die erste Verhandlungsrunde wie geplant am 8. Juli in Washington. In diesem Jahr sind noch zwei weitere Verhandlungsrunden geplant, eine im Herbst in Brüssel und eine erneut in Washington.

---

<sup>54</sup> Vgl. Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union, EU/USA (2007).

Dass die transatlantischen Partner die TAFTA wiederentdeckt haben, hat mehrere Gründe. An erster Stelle ist sicherlich die Finanz- und Wirtschaftskrise zu nennen, unter deren Folgen die USA und die EU nach wie vor leiden. Die US-Wirtschaft wächst zwar wieder, doch sind die Prognosen für die kommenden Jahre nicht rosig. Zahlreiche EU-Mitglieder dürften 2013 erneut in eine Rezession rutschen, und die Schuldenkrise ist alles andere als überwunden. Die USA und EU versprechen sich von einer gegenseitigen Handelsliberalisierung einen Wachstumsimpuls, der keine weiteren Kosten verursacht. Ein weiterer Grund liegt in der erodierenden Wettbewerbsfähigkeit der Industrieländer gegenüber den Schwellenländern wie China und Indien. Hatte die EU 1980 noch einen Anteil von 34,2 Prozent am weltweiten BIP, so ist dieser mittlerweile (2011) auf 25,2 Prozent geschrumpft. Ähnlich sieht es bei den Exporten aus. Im Jahr 1980 entfielen noch 22,7 Prozent der weltweiten Güterexporte auf die EU, heute liegt dieser Anteil nur noch bei 13,9 Prozent (2011).<sup>55</sup> Auch die Anteile der USA am Welt-BIP und am globalen Handel sind kontinuierlich zurückgegangen. Ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen soll die Wettbewerbsfähigkeit der EU und USA stärken.

Die transatlantischen Partner erhoffen sich zudem, dass sie zusammen die ökonomische und politische Stärke entwickeln, um globale Standards beispielsweise für Investitionssicherheit oder auch fairen Wettbewerb zu setzen. Denn alleine wird ihnen dies nicht mehr gelingen. Für die EU und Deutschland stellen die US-Verhandlungen über die TPP zudem einen starken Motivationsfaktor für ein transatlantisches Abkommen dar. Erhalten die TPP-Länder präferentiellen Zugang zum US-amerikanischen Markt hat dies einen Wettbewerbsverlust für europäische Anbieter zur Folge. Schließlich dürften die seit Jahren stagnierenden Verhandlungen unter der Doha-Runde die transatlantischen Partner motiviert haben, intensiver über eine TTIP nachzudenken. Nicht nur ist der Abschluss eines ambitionierten Doha-Pakets in naher Zukunft unwahrscheinlich. Überdies werden die meisten der für die EU und USA wichtigen Handels-Plus Themen in der Doha-Runde überhaupt nicht verhandelt.

## **Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)**

Die EU und USA sind sich darin einig, dass ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen umfassender Natur sein muss.

---

<sup>55</sup> IWF, World Economic Outlook Database, April 2011, via: [www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/01/weodata/index.aspx](http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/01/weodata/index.aspx); IWF, Direction of Trade Statistics, via: <http://elibrary-data.imf.org/FindDataReports.aspx?d=33061&e=170921> (eingesehen im April 2012).

Vor allem Deutschland drängt darauf, dass das Abkommen mit WTO-Recht vereinbar sein muss, und dies ist nur möglich, wenn alle Sektoren liberalisiert werden. Neben der Beseitigung von Zöllen soll es zudem vor allem um den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse gehen. Darüber hinaus sollen die Verhandlungen auch Handels-Plus-Themen umfassen, darunter insbesondere Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe, Investitionen, Schutz geistigen Eigentums und Patente, Wettbewerb, Datenschutz, Umwelt und Soziales. Im Folgenden werden einige der zentralen Verhandlungsthemen kurz angesprochen.

## Zankapfel Landwirtschaft und GMOs

Das Problem für die Verhandlungen liegt vor allem im Agrarbereich – seit Jahrzehnten ein Konfliktpunkt zwischen den USA und der EU. Agrarexporte sind wichtig für die USA, die weltweit zu den größten Agrarproduzenten und -exporteuren zählen.<sup>56</sup> Ihre Exporte treffen jedoch auf Spitzenzölle, Quoten sowie strenge gesundheitliche und pflanzenschutzrechtliche Standards in der EU. Rund 40 Prozent des Agrarhandels mit der EU unterliegen nach wie vor Zöllen über 10 Prozent. In einzelnen Produktkategorien liegt die Zollbelastung sogar deutlich darüber.

Noch mehr als die Zölle sind den Amerikanern allerdings die zahlreichen nicht-tarifären Handelshemmnisse ein Dorn im Auge. Der prominenteste Konflikt zwischen den USA und der EU betrifft den europäischen Zulassungsprozess für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel (GMOs), der für die USA exemplarisch für die protektionistische Agrarpolitik der EU steht. Die EU wendet dabei das bereits erwähnte Vorsorgeprinzip an. Trotz mehrerer Schiedssprüche des WTO-Streitschlichtungsgremiums zugunsten der USA läuft die Zulassung bis heute noch immer extrem schleppend.<sup>57</sup> Bislang hat es kaum ein Produkt durch den schwierigen Zulassungsprozess geschafft. Zudem sind in vielen EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, bis heute zahlreiche Ausnahmen in Kraft.

Der seit Jahren schwelende Konflikt um GMOs wird sicherlich im Rahmen der Verhandlungen um die TTIP eine Rolle spielen. Er

---

<sup>56</sup> USDA, Foreign Agricultural Service: Production, Supply and Distribution Online, <<http://www.fas.usda.gov/psdonline/psdHome.aspx>> (eingesehen am 9.1.2012); U.S. Census, The 2012 Statistical Abstract, Agriculture, <<http://www.census.gov/compendia/statab/cats/agriculture.html>> (eingesehen am 9.1.2012).

<sup>57</sup> Vgl. USTR, 2012 Report on Sanitary and Phytosanitary Measures (SPS Report), März 2012, S. 41, <[http://www.ustr.gov/webfm\\_send/3324](http://www.ustr.gov/webfm_send/3324)> (eingesehen am 9.1.2013); WTO, European Communities — Measures Affecting the Approval and Marketing of Biotech Products, <[http://www.wto.org/english/tratop\\_e/dispu\\_e/cases\\_e/ds291\\_e.htm](http://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds291_e.htm)> (eingesehen am 31.3.2010); EU Kommission, WT/DS291 - Measures Affecting the Approval and Marketing of Biotech Products, (GMOs), <<http://trade.ec.europa.eu/wtodispute/show.cfm?id=188&code=2>> (eingesehen am 31.3.2010).

wird jedoch aufgrund schwerwiegender Verbraucherängste in der EU (auch in Deutschland) nur schwer zu lösen sein. Trotzdem befürwortete Deutschland ein umfassendes Abkommen, das Verhandlungen über alle Bereiche der Landwirtschaft, inklusive Lebensmittelregulierung und Gentechnik, einschließt. Ansonsten befürchtete die Bundesregierung, dass auch die USA Ausnahmen nennen werden, infolgedessen das Endergebnis der Verhandlungen nur bescheiden ausfallen würde. Damit konnte sich Deutschland auch gegen Frankreich durchsetzen, ein besonders starker Gegner von GMOs. Dies gelang der Bundesregierung hingegen nicht beim Thema Kultur und audiovisuelle Dienste. Frankreich setzte sich mit seiner Forderung durch, dass dieser Bereich von den Verhandlungen ausgeklammert wird. Allerdings gibt es die Möglichkeit, diesen Sektor wieder in die Verhandlungen einzubeziehen, wenn dem Verhandlungsergebnis alle europäischen Staaten – inklusive Frankreich – zustimmen.<sup>58</sup>

### Reziprozität in der öffentlichen Auftragsvergabe

Das Thema Öffentliche Auftragsvergabe ist für die EU – und auch für Deutschland – besonders wichtig. Die EU-Kommission kritisiert in ihren Berichten über Handelsbarrieren der Handelspartner seit langem, dass der Vergabemarkt in den USA deutlich geschlossener ist als der der EU. Nach Angaben der Kommission sind in den USA lediglich 32 Prozent der öffentlichen Aufträge für ausländische Anbieter zugänglich.<sup>59</sup> Das Problem liegt darin, dass die Auftragsvergabe teilweise in den Händen der einzelnen US-Bundesstaaten liegt; die bestehenden Abkommen decken jedoch in erster Linie Ausschreibungen der Bundesregierung ab. Zusätzlich kritisiert die EU, dass die USA im Rahmen der Finanzkrise verstärkt begonnen haben, die heimischen Produzenten durch nationale Präferenzbestimmungen (sogenannte „Buy American“-Klauseln) zu schützen. Diese finden sich beispielsweise bei Infrastrukturprojekten wieder.<sup>60</sup>

Dieses Thema wird auch beide Partner in den Verhandlungen über die TTIP beschäftigen. Die HLWG hat in ihrem Abschlussbericht vom Februar 2013 bereits vorgeschlagen, dass das öffentliche Auftragswesen auf allen Regierungsebenen (auch auf Ebene der US-Bundesstaaten) auf dem Prinzip der Inländerbehandlung (ausländische Bieter müssen wie inländische behandelt werden) beruhen sollte.

---

<sup>58</sup> Vgl. Cerstin Gammel, „EU einigt sich auf Verhandlungen mit den USA“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.06.2013, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/geplantes-freihandelsabkommen-eu-einigt-sich-auf-verhandlungen-mit-usa-1.1697262> (abgerufen 09.07.2013).

<sup>59</sup> Vgl. Werner Mussler, „EU verschärft Handelsstreit mit China“, in: *FAZ*, 21.03.2012

<sup>60</sup> Vgl. European Commission, *Trade and Investment Barriers Report 2012*, COM(2012) 70 final, Februar 2012, S.8, <[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/february/tradoc\\_149143.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/february/tradoc_149143.pdf)> (eingesehen am 12.3.2013).

Die deutsche Industrie ist exportorientiert und international sehr wettbewerbsfähig. Aus diesem Grund setzt sie sich stark dafür ein, dass das Prinzip der Inländerbehandlung bei öffentlichen Aufträgen in das transatlantische Abkommen integriert wird. Dieser Punkt, der zu den Handels-Plus-Themen gehört, ist eine zentrale Forderung Deutschlands für die Verhandlungen mit den USA.

## Regulierungskooperation

Der transatlantische Handel ist, wie beschrieben, nicht nur durch Zölle, sondern vor allem durch NTBs und regulatorische Barrieren wie Zulassungsverfahren, technische Standards (TBT), Sicherheits-, Hygiene- und Gesundheitsstandards (SPS) beeinträchtigt. Nach Aussagen von EU-Handelskommissar Karel de Gucht haben diese regulatorischen Hemmnisse die gleichen Auswirkungen wie ein Zoll zwischen 10 und 20 Prozent. Daher streben beiden Seiten im Rahmen der TTIP an, Standards und Normen zumindest in Teilbereichen anzupassen beziehungsweise gegenseitig anzuerkennen. Auch die HLWG hat in ihrem Bericht vom Februar 2013 die unterschiedlichen Regulierungsansätze als eines der drei zentralen Themen für die Verhandlungen genannt.<sup>61</sup> Aufgrund der Komplexität der Regulierungen wird dieser Bereich jedoch einer der schwierigsten in den Verhandlungen über eine TTIP sein.

Die Regulierungen treffen auch Deutschland als Exportnation hart. So leiden beispielsweise die deutschen Autohersteller wie Daimler oder BMW unter den vielen doppelten Zertifizierungserfordernissen bei jedem neuen Modell, das exportiert werden soll. Und auch die deutsche Pharmaindustrie (Fresenius, Bayer) will die doppelten Testanforderungen bei neuen Medikamenten so schnell wie möglich abschaffen. Sie würde von einer Vereinheitlichung der Produktstandards deutlich profitieren.<sup>62</sup>

## Perspektiven der TTIP

Washington hat aufgrund der bestehenden politischen Blockade und Polarisierung zwischen den Demokraten und Republikanern, die einmal mehr bei den Verhandlungen zur Abwendung der Fiskalklippe Ende 2012 deutlich wurden, an Handlungsfähigkeit eingebüßt. Doch die Handelspolitik ist eines der wenigen Politikfelder, in dem eine Einigung sowohl zwischen Republikanern und Demokraten als auch zwischen Präsident und Kongress möglich scheint. Dafür spricht erstens, dass die Mehrheit der Republikaner grundsätzlich Marktöffnung und den Abschluss neuer Handelsabkommen befürwortet. Zweitens lehnen die Demokraten eine TTIP im Gegensatz zu Abkommen mit

---

<sup>61</sup> Vgl. High Level Working Group on Jobs and Growth, Final Report, 11. Februar 2013, <[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/february/tradoc\\_150519.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/february/tradoc_150519.pdf)> (eingesehen am 27.3.2013).

<sup>62</sup> Vgl. Ulf Schneider (Fresenius), „Transatlantik-Freihandel: Warum wir uns beeilen sollten“, in: FAZ, 2.2.2013, S. 14.

weniger entwickelten Volkswirtschaften nicht ab, da sie keine Verlagerung von Arbeitsplätzen (Outsourcing) befürchten müssen. Ganz im Gegenteil versprechen sich beide Parteien Wachstumsimpulse. Auch die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet eine Intensivierung der transatlantischen Beziehungen. Ein Wermutstropfen ist, dass Präsident Obama zurzeit keine Handelsvollmacht (TPA) hat, unter der Handelsabkommen beschleunigt vom Kongress verabschiedet werden müssen, sobald sie der Präsident vorlegt. Ohne diese Vollmacht kann der Kongress Zusätze oder Änderungen an dem Abkommen verlangen – oder die Ratifizierung endlos verschleppen. An der Aufnahme von Verhandlungen hindert den Präsidenten die fehlende TPA allerdings nicht. Der Präsident wird jedoch eng mit dem Kongress zusammenarbeiten müssen.

In der EU hat sich neben der Kommission auch das Europäische Parlament für ein transatlantisches Abkommen ausgesprochen, allerdings auf Druck einiger Mitgliedstaaten wie Frankreichs gleich auch einige rote Linien gezogen, die nicht überschritten werden sollten. Dazu gehört beispielsweise in der Landwirtschaft die Wahrung der gesundheitlichen und pflanzenschutzrechtlichen Normen. Wenn dem Parlament tatsächlich an einem transatlantisches Freihandelsabkommen gelegen ist, wird die EU allerdings einige dieser roten Linien überschreiten müssen. Trotz dieser angesprochenen Probleme ist eine Einigung möglich – wenn auch nicht mit einem schnellen Abschluss der Verhandlungen zu rechnen ist. Deutschland bleibt dabei auf europäischer Seite eine der treibenden Kräfte in den Verhandlungen, ungeachtet der bestehenden Verärgerung über das US-amerikanische Überwachungsprogramm.

# Schlussfolgerung

---

Globale Machtverschiebungen, der globale Konkurrenzdruck aus den Schwellenländern Asiens (insbesondere aus China) ebenso wie die hohe Zahl internationaler Konflikte und Sicherheitsrisiken bei schrumpfendem fiskalischem Spielraum in den USA und der EU machen eine stärkere transatlantische wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit immer wichtiger. Die USA werden sich Alleingänge in Zukunft nicht mehr leisten können, sondern auf starke Partner angewiesen sein. Dadurch öffnet sich ein Fenster für eine transatlantische Renaissance, zu der auch intensivere Abstimmung über den Datenschutz gehören müsste.

Zumindest in der Handelspolitik ist dieses Fenster erkannt worden. Die TTIP ist seit Jahrzehnten die größte Chance, das transatlantische Wirtschaftsfundament zu stärken und zusammen globale Standards zu setzen. Angesichts der vielen schwierigen Verhandlungsbereiche ist dabei allerdings nicht nur ein langer Atem der Verhandlungspartner gefordert, sondern auch eine kontinuierliche Unterstützung auf höchster politischer Ebene. Auf europäischer Seite spielt Deutschland dabei eine Schlüsselrolle. Die Bundesregierung wird bei den Verhandlungen über die TTIP einen Kontrapunkt zu Frankreich bilden und auch bei den potenziell schwierigen Themen wie GMOs auf Kompromisse drängen müssen.

In der transatlantischen Sicherheitspolitik gestaltet sich die Lage deutlich schwieriger, gerade auch nach den deutschen und europäischen Irritationen über die US-amerikanische Überwachung im Internet und bei europäischen Einrichtungen. Zwar gibt es weitreichende Kooperationen in der NATO und darüber hinaus. Auch das sicherheitspolitische Klima zwischen Deutschland und den USA ist gut – dafür sorgt die nachhaltige Beteiligung der Bundeswehr in Afghanistan. Der enge Spielraum im Verteidigungsetat in den USA führt jedoch dazu, dass Washington nicht mehr bereit ist, den Löwenanteil der Kosten zu tragen, was zu Reibungen führt. Denn die EU hat mit ihrer eigenen Verschuldungskrise zu kämpfen und ist in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ohnehin schwach aufgestellt. Deutschland wiederum ist wegen seiner Kultur der militärischen Zurückhaltung kaum in der Lage, den europäischen Partnern aus der eigenen Blockade zu helfen. Obama umgarnt Deutschland zwar als mächtigsten Spieler auf dem komplizierten Kontinent. Dies spiegelt sich auch in seinem Besuch im Juni 2013 wieder. Aber die Differenzen in der Sicherheitspolitik wird er kaum überbrücken können.

Wie sich die transatlantische Zusammenarbeit in Zukunft gestalten wird, hängt schließlich auch maßgeblich davon ab, ob der „gemeinsame Schwenk“ nach Asien gelingt. Anlass zur Hoffnung gibt das Papier der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton und der Hohen Vertreterin für die gemeinsame Außenpolitik der EU, Catherine Ashton, vom Juli 2012, das auf die Interessenüberschneidung bei den transatlantischen Partnern verweist. So werden die Prinzipien der Verrechtlichung und der Multilateralisierung betont, für die sich auch die Europäische Union in ihrer Außenpolitik einsetzt.<sup>63</sup>

Im Bereich der Sicherheitspolitik sollten sich die Europäer an der Schaffung eines kooperativen Milieus in der Region beteiligen und über Militärkooperation, Informationsaustausch sowie eventuell auch gemeinsame Übungen mit den Ländern der Region Fähigkeiten etwa im Bereich der Pirateriebekämpfung oder auch des Grenzschutzes ausbauen.<sup>64</sup> In der Handelspolitik sind die EU und die USA zwar in erster Linie Wettbewerber in Asien, die sich durch Freihandelsabkommen bemühen, ihren Waren und Dienstleistungen Wettbewerbsvorteile in der Region zu verschaffen. Gleichwohl gibt es auch hier große Interessensüberschneidungen, beispielsweise beim Schutz geistigen Eigentums oder beim Umgang mit Staatsunternehmen. Die TTIP sollte dazu genutzt werden, dass EU und USA diese Punkte stärker gemeinsam gegenüber China und anderen asiatischen Staaten vertreten.

---

<sup>63</sup> Vgl. U.S.-EU Statement on the Asia-Pacific Region. Phnom Penh, 12.7.2012 <<http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2012/07/194896.htm>>.

<sup>64</sup> Vgl. Arbeitskreis Internationale Sicherheitspolitik, *Presence with a Purpose. Die Neuausrichtung der US-Sicherheitspolitik, der Aufstieg Chinas und die Auswirkungen auf die Rolle der USA in Europa*, Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin, September 2012, <<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09333.pdf>>.

## Notes du Cerfa

---

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

### **Letzte Veröffentlichungen des Cerfa**

Georg Fahrenschon, *Union bancaire : La position des caisses d'épargne allemandes*, « Note du Cerfa », n° 103, juillet 2013

Hubertus Bardt, *La transition énergétique : un défi pour l'industrie allemande*, « Note du Cerfa », n° 102, juin 2013

Christoph Schröder, *La pauvreté en Europe*, « Note du Cerfa » n° 101b, mai 2013.

Brigitte Lestrade, *Entre réussite économique et précarité sociale: l'Allemagne dix ans après les lois Hartz*, « Note du Cerfa », n° 101a, mai 2013.

Isabel Schäfer, *Entre idéaux et intérêts : les nouvelles perspectives françaises et allemandes sur le Maghreb*, « Visions franco-allemandes », n° 22, février 2013.

Nele Wissmann, *Les migrants en Allemagne : le débat sur l'intégration*, « Note du Cerfa », n° 100, janvier 2013.

## Das Cerfa

---

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et européennes und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Dr. Yann-Sven Rittelmeyer arbeitet dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist für die „Notes du Cerfa“ und die „Visions franco-allemandes“ zuständig. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ zuständig.